

DIE GIESSENER STUDENTEN IN DER SCHLUSSPHASE  
DER WEIMARER REPUBLIK

oder

WIE MILDRED UND ARVID HARNACK ZU GEGNERN  
DES NATIONALSOZIALISMUS WURDEN

von

Andreas Anderhub

Für Uta

Der Titel unseres Beitrags kündigt es bereits an: Hier soll der Niedergang der ersten deutschen Republik, wie ihn Studenten einer Provinzuniversität erlebten, betrieben und erlitten, in der Darstellung sich verknüpfen mit einem Abschnitt aus der Biographie zweier Studenten eben jener Universität, deren zur Tat gereifter Wille zum Widerstand gegen das spätere nationalsozialistische Regime nicht zu verstehen wäre ohne ihre Eindrücke aus der Studentenzeit.

Für beide Themen fehlte es bislang an Veröffentlichungen.

Es mangelt zwar nicht an Darstellungen der Gießener Studentenschaft aus kulturgeschichtlichem Blickwinkel; die studentischen Männerbünde waren stets attraktiv für die Historiker. Jedoch die wenigen aber wichtigen Jahre ihrer neueren Geschichte, in denen eine politische Bewußtseinsbildung zumindestens von Teilen der Studentenschaft sich nach außen manifestierte, die Jahre nach den Kriegen 1813-1815, 1848, 1914-1919 (mit Einschränkung), 1929-1933 und dann die Jahre ab 1968 - diese Jahre haben höchst ungleichmäßig das Interesse der Geschichtsforschung gefunden. Die Jahre 1929 bis 1933 sind für die jüngere Generation der historisch Interessierten zu tempora incognita geworden. Müßig zu sagen, daß der gegenwärtige Streit in der Bundesrepublik, ob eine verfaßte Studentenschaft zu vereinbaren ist mit einem allgemeinpolitischen Mandat ihrer Vertreter, ebenfalls den Blick auf frühere Zeiten lenken muß, in denen diese Frage bereits einmal eine Rolle spielte.

Und Lücken zeigen sich auch, wenn man nach den Schicksalen von Einzelpersonlichkeiten fragt, die hier in Gießen in der Zeit des Volksstaates Hessen ihre akademischen Lehrjahre verbrachten und dann in der Zeit des Dritten Reiches das Andere Deutschland repräsentierten. Hier stehen die beiden, um die es uns in diesem Beitrag geht, nicht allein. Denn die meisten Frauen und Männer des deutschen Widerstands gegen den Nationalsozialismus sind in gewissem Sinne zwei Mal Leidtragende der politischen Umbrüche in Deutschland geworden. Nicht genug, daß sie in der Zeit von 1933 bis 1945 Entbehrungen und Prüfungen jeder nur denkbaren Art unterworfen waren - auch in den Jahren danach blieben sie Opfer der politischen Zeitläufte. Die Widerstandsgruppen, denen man in der einen Hälfte von Restdeutschland nachträglich Aufmerksamkeit schenkte, fanden in der Regel aus der anderen Hälfte nur ein gedämpftes historiographisches Echo. Das Schicksal des Ehepaares Harnack hat in der bundesrepublikanischen Geschichtsschreibung bislang vor allem ein spekulativ-sensationslüsternes Interesse bei der Berichterstattung über die Widerstandsgruppe Schulze-Boysen/Harnack erregt. Dies gilt besonders für die Zeit ab 1969, nachdem der russische Staat ihnen überraschend postum hohe Orden verliehen und so ihre Erfolge bei der Ausspähung kriegswichtiger Nachrichten gewürdigt hatte. Von einer befriedigenden Gesamtdarstellung aus der Feder eines DDR-Historikers kann allerdings auch in ihrem Falle nicht die Rede sein(1).

Zum Verständnis dessen, was sich auf der Gießener studentischen Szene in den späten Zwanziger und frühen Dreißiger Jahren abspielte, ist ein Blick auf den organisatorischen Rahmen und die unmittelbare Vorgeschichte notwendig.

Mit den "Satzungen für den Ausschuß der Gießener Studentenschaft" hatten

sich die Gießener Studenten im Jahre 1920 eine Vertretung geschaffen "für alle Angelegenheiten allgemeiner studentischer Natur. Eine Stellungnahme in politischen und religiösen Fragen liegt außerhalb seines Bereichs" (2). Als Aufgabe für die 25 Mitglieder (bis 1926 waren es 50) des Gesamtausschusses stellte sich vielmehr die "geistige und soziale Förderung des Studenten". Der Ausschuß ging aus jährlichen Wahlen hervor, an denen die reichsangehörigen Studenten oder diejenigen deutscher Abstammung teilnehmen durften. Den siebenköpfigen sogenannten Engeren Ausschuß des Asta, wie er sich damals schon nannte, wählte sich die Vertretung selbst; er sollte die laufenden Geschäfte und die Vertretung nach außen besorgen. Ihm durften übrigens nur männliche Mitglieder des Gesamtausschusses angehören. Vorsitzender des Asta war satzungsgemäß der erstplazierte Kandidat der erfolgreichsten Wahlliste. Da gemäß der Satzung nur Listen und nicht einzelne Kandidaten zur Wahl standen, lag es nahe, daß die verschiedenen studentischen Vereinigungen in diesem Sinne die Rolle von Wahlhilfsorganisationen übernahmen.

Die - nach dem damaligen Politikverständnis - spezifisch politischen Studentengruppen müßten, man könnte dies so annehmen, hier nun unser erst-rangiges Interesse beanspruchen, aber sie sind erst ganz zuletzt auf die Bühne der neueren Gießener Studentengeschichte getreten. Nach den Korporationen und betont korporationsfreien Gruppen begegnen uns in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg erst einmal die sogenannten Fachschaften, in denen sich die Studierenden nach den verschiedenen Studienrichtungen zusammenschlossen. Die Entwicklung begann zwar bereits 1909 mit der Fachschaft der Kliniker, erst 1919 aber zeichnete sich diese Tendenz, die auch dann sogleich dem Senat der Universität als neue Richtung der studentischen Selbstorganisation (3) auffiel, mit der Bildung von Fachschaften der Vorkliniker, Juristen und Pharmazeuten deutlicher ab. 1928 zählte die Universität 15 derartige Fachschaften. Darunter war auch diejenige der Staatswissenschaftler, die uns später noch mehr beschäftigen wird. Bereits 1920 entstanden, hatte sie öfters ihre Aufnahmebedingungen gewechselt - mal förmliche Aufnahme, mal Zwangsmitgliedschaft, was dann später für alle Fachschaften galt (4) -; gemäß ihrer Satzung von 1927 (5) erstrebte sie "die wissenschaftliche Förderung wie die Pflege der Geselligkeit unter den Fachgenossen", d. h. den Studierenden der Staatswissenschaften im Hauptfach.

An das Gebot politischer Enthaltensamkeit hielt man sich in Gießen lange Jahre hindurch. Schon bei den Asta-Wahlen im Juli 1921 fiel eine erdrückende Mehrheit der Stimmen auf die Listenverbindung der Korporationen und damals vorhandenen Fachschaften (905 von 1001 abgegebenen Stimmen); die übrigen - ohne politische Firmierung auftretenden - Listen fanden nur eine äußerst geringe Anhängerschaft. Bis zum Wintersemester 1928/29 dauerte diese stabile Herrschaft der Liste der Korporationsstudenten (unter Einschluß freistudentischer Vertreter); zuletzt gab es vier Semester hindurch wegen dieser eindeutigen Verhältnisse schon gar keine Asta-Wahlen mehr (6). Gießen unterschied sich darin nicht von den meisten der übrigen deutschen Universitäten (7). Auch was der so zusammengesetzte Asta an Verlautbarungen veröffentlichen ließ, hielt sich streng in dem selbst-aufgelegten Rahmen (8).

Aber hinter dieser betont gepflegten Politikferne vermögen wir heute doch unschwer politische Positionen zu entdecken. Die Listenverbindung für die Gießener Wahlen von 1921 war ein "Hochschulring deutscher Art", wie es ihn seit 1920 an den verschiedenen deutschen Universitäten gab. Schon die betont national eingestellten deutschen Burschenschaften der Vorkriegszeit hatten großdeutsches und antisemitisches Gedankengut verbreitet und sich doch selbst als unpolitisch eingestuft (9); die darüberhinaus sich selbst nun "völkisch" nennenden Studenten im Hochschulring sahen sich in ihrer Haltung jenseits aller Parteien (10). Als Hüter von vorgeblichen Gesamtinteressen, fern aller partikularen Zielrichtungen, wollten sie für ihre eigenen Aktivitäten den Begriff des Politischen nicht angewendet wissen. Nur die offen parteilich orientierte Interessensvertretung galt als politisch und damit zugleich als minderwertig (11).

Die Fachschaften traten anfangs ebenfalls politisch nicht in Erscheinung - jedenfalls aus damaliger Sicht: Daß die Gießener Humanmediziner bereits 1919 alle Angehörigen der "jüdischen Rasse" ausschlossen (12), galt eben als Zeichen "völkischer" Gesinnung, nicht als politische Aussage.

Auch die offizielle Vertretung aller Gießener Studenten mischte Sozialarbeit mit vorgeblich unpolitischer nationaler Bildungsarbeit. Bei dieser praktischen Tätigkeit stützten sich die Studentenvertreter auf verschiedene Einrichtungen (13). Das Studentische Presseamt gab Universitätsnachrichten an die Presse. Das Lesehallenamnt unterhielt einen Zeitungsleseraum und vermittelte verbilligte Zeitungsabonnements. Das Vergünstigungsamt verteilte unter die Studenten verbilligte Karten für kulturelle Veranstaltungen wie für Verkehrsmittel. Das Fachamt nahm Aufsichtsrechte gegenüber den Fachschaften wahr und stellte die Verbindung zu den amtlichen Stellen der Studentenschaft her. Außerdem gab es ein Amt für Leibesübungen.

Andere Ämter speziell zur wirtschaftlichen Unterstützung der Studenten, die als Antwort auf die Situation der Studenten nach 1918 eingerichtet worden waren, gab es bereits in den späten zwanziger Jahren nicht mehr (14). Dauerhafter erwies sich die Gießener Studentenhilfe e. V., die ab Juli 1921 unter einem Ausschuß von 8 nichtstudentischen und 7 vom Asta bestimmten studentischen Mitgliedern sich der sozialen Belange der Gießener Studenten annahm. Die notwendigen finanziellen Zuschüsse kamen vom Staat Hessen und von privaten Spendern. Die Studentenhilfe kümmerte sich um verschiedene Studentenheime und Werkbetriebe, um die Studentenspeisung, Krankenversorgung und eine Darlehnskasse; auch einige der bisher vom Asta direkt geleiteten Ämter zur wirtschaftlichen Unterstützung der Studenten gingen im Laufe der Zeit auf die Studentenhilfe über.

Daneben gab es weitere Einrichtungen der Gießener Studentenschaft, die ganz andere Ziele verfolgten. Seit Abschluß des Vertrages von Versailles war das politische Interesse an der deutschen Bevölkerung in den Grenzgebieten reger denn je. Hier setzte die Arbeit des Grenz- und Auslandsamts ein, der das "Grenz- und Auslandsdeutschum" den Studenten durch Tagungen, Schulungswochen und Fahrten näherbringen wollte. Daneben sollte es sich um bessere Kontakte innerhalb des Kreises der in Gießen studierenden Ausländer bemühen, wie es auch Studienaufenthalte an Universitäten des Auslands fördern sollte. Noch mehr in den politischen Be-

reich hinein wirkte das Amt für Politische Bildung; seine Veranstaltungsthemen waren "Grenz- und Auslandsdeutschtum, Kriegsschuldfrage, Kolonialfrage, Anschlußfrage, Sozialpolitik. Auch kommen bedeutende Parteiführer zu Worte" (15). Auch auf einer höheren Ebene studentischer Organisation war die Gießener Studentenschaft an Entwicklungen beteiligt, die Hochschulpolitik und allgemeinpolitische Vorgänge in engsten Zusammenhang brachten. Die Gießener Studentenschaft war Mitglied der 1919 entstandenen "Deutschen Studentenschaft" und zwar im Kreis VI Südwestdeutschland. Diese eindeutig rechts eingestellte Dachorganisation der Nachkriegsstudenten (16) hatte anfangs einen offen völkischen Kurs eingeschlagen, aber um der staatlichen Anerkennung willen dann für alle inlandsdeutschen Studentenschaften den sogenannten "Staatsbürgergrundsatz" akzeptiert, der den Zutritt des einzelnen Studenten zu den örtlichen Studentenschaften nicht von der "rassemäßigen" Zugehörigkeit zum deutschen Volk abhängig machte. Der für die angeschlossenen österreichischen Studentenschaften - die strikt antisemitisch eingestellt waren - gültige "völkische Grundsatz" war 1927 Anlaß für das preußische Kultusministerium, die preußischen Studentenschaften vor die Wahl zu stellen, entweder die Zusammenarbeit mit solchen "völkisch" orientierten Studentenschaften einzustellen oder die staatliche Anerkennung in Preußen zu verlieren. Für die Studenten hätte dies bedeutet, wenn man einem repräsentativen Urteil folgt, entweder als "staatlich anerkannte verfassungsmäßige Glieder ihrer Hochschule streng neutrale hochschulpolitische Arbeit im Sinne und Geist des heutigen Staates" zu leisten oder sich zu wandeln in "weltanschaulich gerichtete Gruppen", die "eine nationalpolitische Tätigkeit im Dienste des Großdeutschen Zukunftsgedankens" leisten konnten (17). Die preußischen Studenten haben sich damals für das Letztere entschieden, die Schuld für diese erzwungene Politisierung aber sollte, wie das Zitat belegt, das - damals von einem Sozialdemokraten geleitete - preußische Kultusministerium tragen.

Die offizielle Gießener Studentenschaft stellte sich in diesem sogenannten "Verfassungsstreit" hinter die preußischen Studentenvertretungen (18), wie die hessische Regierung in diesem Punkte die preußische stützte (19). Aber zu einem Konflikt mit der hessischen Regierung wollten es die Studenten 1928 deswegen nicht kommen lassen. Das gute Verhältnis von Regierung und Hochschulbehörde zur Gießener Studentenschaft sollte möglichst ungestört bleiben (20). Die Gießener Studentenschaft blieb weiterhin staatlich anerkannt (und das hieß auch, daß alle Studenten Pflichtmitglieder waren); noch Ende 1929 schätzte der Asta das Klima im Verhältnis Darmstadt - Gießen als gemäßigt ein (21). Mit eine Rolle bei der Zurückhaltung des Asta mag gespielt haben, daß die beiden hessischen Studentenschaften (TH Darmstadt und Universität Gießen) ausdrücklich als Körperschaften des öffentlichen Rechts anerkannt waren, während sie überall sonst in Deutschland nur den Status nichtrechtsfähiger Vereine besaßen (22) - ein Vorteil, den man sicher nicht so gerne aufs Spiel setzte.

Gab sich die Gießener gesamtstudentische Vertretung, analog dem Selbstverständnis der älteren studentischen Organisationen, betont (partei-)politisch neutral, so wurden mit dem Auftreten neuer Gruppen Konflikte unvermeidlich; gingen diese Gruppen doch in ihren Auffassungen und Zielen über

das Maß an Politik, das "unpolitische" Gruppen mitsamt der Gesamtvertretung damals sanktionsfrei beanspruchen konnten, weit hinaus.

Fand sich überhaupt für diese Gruppen in Gießen ein geeigneter Nährboden? Die Universität, wie sie sich durch ihren Rektor 1928 selbst darstellte, gab den Studenten keinen Anlaß und auch nicht viele Gelegenheiten für Aktivitäten außerhalb der Hörsäle, Laboratorien und Studienzimmer. Man verlieh sich selbst den Namen einer Arbeitsuniversität; in den Studenten sei ein "guter, auf positiver Arbeit und Sachlichkeit gerichteter Geist lebendig (...)" Dazu kommt die nahe Zusammenarbeit zwischen Dozenten und Studenten, die eine Eigenart gerade von Gießen ist und sich nur noch an wenigen anderen Universitäten in gleicher Weise findet (...). An kaum einer anderen Universität nimmt der Dozent solchen Anteil an der Arbeit und Ausbildung seiner Schüler wie in Gießen. Jeder Student ist in der Lage, wenn er nur will, in persönliche Beziehung zu seinen Lehrern zu treten, ihnen nicht nur wissenschaftlich, sondern auch menschlich nahe zu kommen (...)" (23). Allgemein glaubte man damals in den Rektorenzimmern der deutschen Universitäten mit den politischen Studentengruppen, diesen Geschöpfen und Überbleibseln der Revolutionszeit, nicht mehr rechnen zu müssen, denn sie hätten, "noch heute irgendwie fortbestehend, niemals ein richtiges Leben gewonnen" (24). Das erwies sich für Gießen im selben Jahr, in dem dieses Diktum zu hören war - 1930 -, als nur zu falsch.

Die Anfänge waren allerdings wenig erfolgversprechend. Im Juni 1919 wurde die Universität auf einen "Nationalen Studentenbund" aufmerksam; 1920 nannte er sich "Deutschnationale Studentengruppe", und ein Jahr später war er bereits wieder verschwunden (25).

Acht Jahre darauf, als die Revolutionsjahre bereits Geschichte waren, ging es dann Schlag auf Schlag. Die Gießener "Republikanische Studentengruppe" hielt im Januar 1929 ihre Gründungsversammlung ab (26). Im November gab der akademische Senat an einem Tage einer Hochschulgruppe des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes und der Hochschulgruppe "Der Stahlhelm" die notwendige Anerkennung (27). Im Dezember folgte der "Deutsche Demokratische Studentenbund an der Universität Gießen" (28) und die "Sozialistische Studentengruppe Gießen" (29). Die "Politische Studentengemeinschaft der Zentrumspartei" und die "Hochschulgruppe der Deutschen Volkspartei" traten als vorläufig letzte im Februar 1930 in Erscheinung (30), wobei die DVP-Gruppe nur für ein knappes Jahr Spuren in den Akten hinterließ. Uniformen, Abzeichen oder korporatives Auftreten war den Gruppen innerhalb des Universitätsbereichs verwehrt; gegenüber den Korporationen war ihnen also deutlich eine Position minderen Rechts zugewiesen worden. Die gewisse Liberalität, mit der man diese neuen Gruppen offiziell akzeptierte, war im übrigen nicht von oben, von der Hessischen Regierung angeregt oder anbefohlen; an der Darmstädter Hochschule hielt man sich gegenüber politisch orientierten Studentengruppen damals viel mehr zurück, als in Gießen (31).

Es war nun diese deutlich politisierte Situation, die Arvid und Mildred Harnack vorfanden, als sie nach Gießen kamen. Arvid Rudolf Harnack stammte aus Darmstadt; dort war er am 24. Mai 1901 geboren worden.

Sein Vater war Otto Harnack, ordentlicher Professor für Geschichte und Literatur an der dortigen Technischen Hochschule (32), die Familie dachte linksliberal. Adolf von Harnack, der bekannte Theologe, war sein Onkel; zu Beginn seiner Hochschullehrerlaufbahn hatte auch er in Gießen gewirkt. Nach bestandener Reifeprüfung hatte Arvid Harnack in Jena, Graz und Hamburg studiert; 1923 hatte er in Jena die erste juristische Staatsprüfung und 1924 das Dokorexamen abgelegt. Von 1923 bis 1925 war er im Hamburger Institut für Auswärtige Politik unter dem Juristen Albrecht Mendelssohn-Bartholdy beschäftigt gewesen und hatte auch als Referendar gearbeitet. Damals ist er schon längst nicht mehr der nationalbegeisterte Bürgersohn gewesen, den es zum Notabitur und letzten Kriegseinsatz gedrängt hatte. Bereits mit 17 Jahren, nach einem unfreiwilligen Aufenthalt bei Hamburger roten Soldaten, und dann in seiner zweiten Hamburger Zeit, in der er Anschluß an Jungarbeiterkreise gefunden hatte, war er intensiv den Problemen der Arbeiterschaft nachgegangen. Mendelssohn und Schmidt-Ott, der bekannte Präsident der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft, hatten ihm danach ein Stipendium für ein Auslandsstudium vermittelt, das ihn zuerst zu dem Staatswissenschaftler und (damals noch) antimarksiistischen Sozialisten Harold Laski an die Universität London (Herbsttrimester 1925) und dann mit dem Sommersemester 1926 an die Universität Wisconsin in Nordamerika geführt hatte. "Dort fand ich den Lehrer, der mich entscheidend beeinflussen sollte, Professor John R. Commons", schrieb Harnack später über seinen Aufenthalt in Amerika (33). John Rogers Commons war nicht nur Historiker der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung und Wirtschaftswissenschaftler, sondern auch ein bedeutender Sozial- und Wirtschaftspolitiker. Daß er zu den Vordenkern des späteren Roosevelt'schen New Deal, des staatlichen Sozial- und Wirtschaftsprogramms der dreißiger Jahre in Nordamerika, gehörte, hat Harnack in seiner antiliberalen Haltung damals wesentlich bestärkt. Harnack beendete dort bei ihm die erste Niederschrift seiner Geschichte der amerikanischen Arbeiterbewegung. Und dort begegnete er auch Mildred Fish, Kind einer amerikanischen Familie, am 16. September 1902 "in der deutschen Stadt Milwaukee" geboren (34). Sie, die an der Universität Wisconsin studierte und Unterricht in englischer Literaturgeschichte gab, heiratete 1926 Arvid Harnack. Sie ging daraufhin als Dozentin für ihr Fach an eine kleine Frauenuniversität in Baltimore, während Arvid bis zum Ende des Sommers 1928 in Wisconsin blieb. Er kehrte unmittelbar danach nach Deutschland zurück; Mildred folgte ihm im Juli 1929. Als Stipendiatin des Deutschen Akademischen Auslandsdienstes und dann der Alexander-von-Humboldt-Stiftung kam sie zum Studium nach Jena (Wintersemester 1929/30) und Berlin (Wintersemester 1930/31); in Gießen, wo sich Arvid für die Zeit vom Wintersemester 1928/29 bis zum Wintersemester 1929/30 als Stud. rer. pol. immatrikulierte, belegte Mildred erst im Sommersemester 1930 und dann wieder im Wintersemester 1931/32 (35). Arvid war damals bereits nach kurzer Tätigkeit als Syndikus der Stadt Saalfeld nach Berlin gegangen.

Wie das Ehepaar Harnack damals auf die Gießener Kommilitonen wirkte, hat eine Studentin später in ihren Erinnerungen festgehalten. "In den Vorlesungen und Seminaren Vietors erschien öfter ein Ehepaar, das älter als die meisten Studenten wirkte. Sie hießen Harnack. Der Mann hatte etwas

Gemessenes in Erscheinung und Kleidung, fast etwas Beamtenhaftes, die Frau fiel auf. War es das helleuchtende unzeitgemäß um den Kopf geschlungene Haar, die freie Stirn, die markanten, regelmäßigen Züge, das schöne Schreiten, oder einfach alles zusammen? Selbst ihre Kleidung war individuell in Schnitt und Stil, doch auf diskrete Art" (36). Arvid wird in späteren Beschreibungen als konsequent und diszipliniert in der äußeren Lebensweise, als intelligent, streng, energisch, ehrgeizig und selbstbewußt geschildert (37).

Zu fragen ist, ob die bereits geschilderten organisatorischen Neuentwicklungen im studentischen Zusammenleben schon in der Gießener Studentenzeit Arvid Harnacks als politisierende Kräfte Wirkung zeigen konnten, und ob nicht auch im damaligen Lehrbetrieb seines engeren Studienbereiches solche Kräfte aufgedeckt werden können. Nach dem Bericht eines gut informierten Gießener Augenzeugen (38) war die Politisierung keineswegs ein allmählich einsetzender Prozeß ohne eindeutigen zeitlichen Beginn; sie setzte in Gießen vielmehr mit Beginn des Sommersemesters 1930 ein und war dann - analog den Vorgängen an anderen deutschen Universitäten - bereits im Herbst jenes Jahres weitgehend abgeschlossen. Erlebte Arvid also doch noch eine "unpolitisch"-ruhige Universität?

Zunächst ist unter diesem Aspekt der engere Bereich von Lehre und Forschung zu untersuchen wie ihn Arvid erlebte. Er gehörte als Stud. rer. pol. der Philosophischen Fakultät an und hörte Vorlesungen bei den Professoren Lenz, Mombert, Vieter und von Aster.

Paul Mombert, ordentlicher Professor für "Wirtschaftliche Staatswissenschaften", gehörte offensichtlich zu keinem deutlich rechts oder links angesiedelten politischen Lager; ihn kennzeichnete vielmehr ein "Liberalismus mit deutlich sozialem Akzent"(39), wie ein Nachruf später hervorhob. Von dem Ordinarius für neuere deutsche Literaturgeschichte Karl Vieter besitzen wir keine Nachricht, die uns Aufschlüsse über seine politische Haltung vor 1933 geben kann (40).

Anders war es um den Professor für Philosophie und Pädagogik Ernst von Aster bestellt (41); bereits als er 1920 eine Berufung nach Gießen annahm, war ihm der Ruf eines Pazifisten vorausgegangen. Als Sohn eines preußischen Offiziers und Anhänger der SPD trat er für einen nationalen Sozialismus ein - so beschreibt ihn sein Gießener Kollege August Messer (42).

Diese Verbindung des nationalen und des sozialistischen Gedankens läßt sich noch deutlicher bei Arvids Doktorvater Friedrich Lenz nachweisen (43). Der preußische Professorensohn Lenz hatte seine akademische Laufbahn 1912 in Braunschweig begonnen; im Weltkrieg war er nach Fronteinsatz Leiter der Wirtschaftlichen Auslandspropaganda gewesen. Im Herbst 1919 kam er an die Gießener Universität und an das dortige gut ausgestattete Institut für Wirtschaftswissenschaft (44). Ordentlicher Professor der Staatswissenschaften war er seit 1921. Friedrich List war der deutsche volkswirtschaftliche Theoretiker, mit dessen Werk sich Lenz immer wieder auseinandersetzte.

Spätestens 1927 war das theoretische Gerüst fertig, von dem aus Lenz seinen Schülerkreis in den Folgejahren beeinflusste (45). Er sah Deutschland geographisch wie ideologisch in einer mittleren Position zwischen West und Ost mit ihren deutlich gewordenen politisch-ökonomischen Gegensätzen, wobei aber der wegweisende Osten - Rußland - mehr an neueren Entwicklungen zu liefern schien, als der Westen. Auf keinen Fall sollte sich, so Lenz, Deutschland eine anti-russische Haltung aufzwingen lassen. Denn Rußland war für ihn die jüngste gelungene Reinkarnation des Staates als übergeordnete und jenseits aller Verfassung stehenden Idee, so wie sie sich in Preußen bereits einmal verkörpert hatte. Die Idee des individuellen nationalen Staates als des dominierenden Faktors gegenüber Ökonomie und sozialer Struktur verbot es nach der Auffassung von Lenz aber ebenso, die vom marxistischen Rußland offerierte Theorie eines von der Ökonomie her bestimmten Staates und einer die staatlichen und nationalen Grenzen mißachtenden Revolution zu übernehmen, die zu deutlich im Gegensatz stand zur dort sich nach 1917 wieder festigenden Staatlichkeit. Was Lenz vom Marxismus zu übernehmen bereit war, war die Gesellschaftskritik auf der Basis der Analyse der Produktionsverhältnisse; von daher wandte er sich scharf gegen den Spätkapitalismus und plädierte für eine an den tatsächlichen Bedürfnissen orientierten Planwirtschaft. Die Klassengegensätze blieben jedoch seiner Lehre zufolge untergeordnete Größen gegenüber Staat und Nation. Gerade das neue Rußland war ihm, wie bereits angesprochen, dafür ein schlagendes Beispiel; der Leninismus wies einen theoretisch brauchbaren Weg nach, wie nationale Unabhängigkeit zurückgewonnen werden kann. Eine auf die Probleme anderer Staaten, insbesondere Deutschlands, anwendbare Theorie war dies nach der Überzeugung von Lenz allerdings nicht.

Wie sich seine Lehrmeinung im Gießener akademischen Betrieb niederschlug und auch parteipolitisch Wirkung zeigte, hat Lenz selber rückwirkend beschrieben: "Im Kreise des Seminars und der Doktorandengemeinschaft wurden die Krisis des Kapitalismus sowie - als Gegenbild - der Versuch der sowjetrussischen Planwirtschaft mit besonderer Eindringlichkeit behandelt (...) In Deutschland war das kleine Gießen fast der einzige Ort, an dem solche Strukturvergleiche damals unbefangen angestellt wurden (...) Europas historisch-systematische Bedingtheit durch seine Lage zwischen Kapitalismus und Kommunismus bildete das Hauptthema der 'Gießener Schule' in den Jahren 1929 bis 1932. Damit verband sich eine scharf antifaschistische Haltung, die in Gießen und darüberhinaus grimmigen Haß erregten; die 'Rote Fachschaft' wurde von den Studentenfürhern der NSDAP überwacht" (46). Damals kam auch ein mit Arvid befreundetes Mitglied der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin nach Gießen, um über die sowjetische Planwirtschaft zu referieren (47).

Hier entstanden Dissertationen, die diesem Geist entsprachen, auch schon vor 1929 (48). Lenz stellte sich nicht nur hinter die scharfe Kritik seiner Schüler an dem deutschen ökonomischen Liberalismus (49); auch der engagierten Abrechnung mit den nationalsozialistischen Ideen, einer weiteren Arbeit eines Doktoranden, stimmte Lenz uneingeschränkt zu (50).

In diesem Doktorandenkreis schloß auch Arvid seine eigene Arbeit ab, die

er als ersten Teil einer Geschichte der amerikanischen Arbeiterbewegung bereits bei Commons angefertigt hatte (51). Nach dem Urteil von Lenz, der sie mit "ausgezeichnet" bewertete (52), zeigte sie "ungewöhnliches Verständnis sowohl für die Sozialgeschichte der amerikanischen Arbeiterklasse wie für die ökonomischen wie politischen Hintergründe dieser Geschichte". Erst in dem Schlußteil seiner Doktorarbeit kam Harnack zu einem eigenen Urteil über die Faktenzusammenstellung, die den größten Raum seiner Arbeit beansprucht; nur dieser Teil reflektiert deutlich seine Begegnung mit Lenz. Seine abschließende Frage war, welche Erkenntnisse aus der Geschichte der nordamerikanischen Arbeiterbewegung für den internationalen Zusammenhang der Arbeiterbewegung gewonnen werden könnte. Sollte man mit Marx das ausschlaggebende Gewicht der Klassenstruktur bejahen (was die nationalen Unterschiede zwischen den verschiedenen Arbeiterbewegungen wesentlich einebnen würde - d. Verf.) - oder sollte man mit Friedrich List den Kampf je unterschiedlich gearteter Nationen in den Vordergrund stellen (was bei identischen Klassensituationen in verschiedenen Nationen doch zum Urteil von getrennt sich entwickelnden Arbeiterbewegungen führen müßte - d. Verf.)? Hierzu Harnack: "In der Geschichte der ersten amerikanischen Arbeiterorganisationen finden sich Momente, die für Marx sprechen, wie auch andere, die Lists Lehre gerechtfertigt erscheinen lassen." Die Ähnlichkeit in der nordamerikanischen und englischen Entwicklung spräche für die marxistische Theorie. "Andererseits verursachten die verschiedenen geographischen, gesellschaftlichen und staatlichen Voraussetzungen bedeutende Unterschiede" in der Entwicklung der europäischen und amerikanischen Arbeiterbewegung. "So zeigt sich auch hier, daß eine Theorie der Arbeiterbewegung das international-klassenkämpferische und das national-politische Moment in sich aufnehmen muß." (53) Harnack berief sich hierbei auf eine Schrift Lenins (54), was wenig überzeugt. Denn Lenin betonte in dieser Schrift zwar den Antagonismus der imperialistisch agierenden Kapitalistenklassen in den westlichen Nationen, hob aber ihre wesentlich übereinstimmende Struktur und ihre gleichgearteten - wenn auch konkurrierenden - Interessen hervor. Die Darlegung von Harnack blieb also den bereits geschilderten Vorstellungen der Lenzschen Gießener Schule verhaftet, ohne ihre marxistischen Bestandteile wesentlich auszuweiten (55). Daß er damals bereits überzeugter Sozialist war, ist nach den vorliegenden Zeugnissen nicht zu bezweifeln; die konsequente Ausweisung seiner Denkrichtung in einer Dissertation hätte ihm aber an der Universität und auch in Hinblick auf eine weitere wissenschaftliche Laufbahn schaden können.

Richtet man nun seine Aufmerksamkeit darauf, wie Arvid und auch Mildred Harnack zu den politisch engagierten Studentenvereinigungen standen, dann fällt sofort auf, daß Mildred, die auch später im Schatten ihres Mannes lebte, sich bedeutend zurückhaltender als Arvid verhielt. Für ein politisches Wirken, das ihr als Frau und Ausländerin sicher wesentlich mehr Energie abverlangt hätte als ihrem Mann, gibt es für die Gießener Zeit keinen Beleg. Sie schloß sich vielmehr der "Vereinigung ausländischer Studierender an der Landesuniversität Gießen" an, die sich der Pflege freundschaftlicher Beziehungen und der Verständigung sowohl zwischen den Mitgliedern der Vereinigung als auch gegenüber den deutschen Studenten in Gießen widmete; politische Neutralität war auch hier geboten (56).

Arvid hingegen konnte sich anders entscheiden.

Für die Astawahl am 22. Februar 1929 hatte neben der bisherigen Einheitsliste der Korporationen und Freistudenten eine neue Liste, die als Freistudentenliste gelten wollte, um Unterstützung geworben. Nach Beobachtungen des bisherigen Astavorsitzenden war der führende Kopf dieser Liste ein Angehöriger der kurz zuvor gegründeten Republikanischen Studentengruppe (57).

Das war für die bisherigen studentischen Repräsentanten der erste Ansatz für eine Politisierung der Gießener Studentenvertretung in dem Sinne, daß "der bekannte parteipolitische Kampf auch hier zu beginnen" schien (58). Die neue Gruppe ging mit vier von 25 Sitzen und 113 von 736 abgegebenen gültigen Stimmen aus der Wahl hervor (59); erst eine Woche später, am 28. Februar, erhielt sie von der Universität ihre Anerkennung (60). Und hier fand Arvid Harnack in seinem zweiten Gießener Semester einen Kreis Gleichgesinnter. Er gehörte nicht zu den 12 Gründungsmitgliedern, im Sommersemester 1929 erschien aber dann sein Name auf der Mitgliederliste. In der Studentenschaft und auch in seinem engeren politischen Zirkel war Arvid damals offenbar noch ein unbeschriebenes Blatt (61).

Als Ziele hatte sich die Gruppe gesetzt: "Verbreitung des republikanischen Gedankens unter der Studentenschaft, Verbreitung in seinen Rahmen gehöriger Ideen des Sozialismus und Pazifismus durch wissenschaftliche Erarbeitung aller in Betracht kommender Fragen" (62). So verstand sich die Gruppe als Zentralisationspunkt für alle sozialistischen, republikanischen und pazifistischen Studenten (in dieser Reihenfolge). Selbst diese Gruppe sah sich noch dem alten Muster studentischer Interessenvertretungen in dem Maße verpflichtet, daß man eine politische oder, wie man hinzufügen zu müssen glaubte, parteipolitische Bindung ausdrücklich meinte ablehnen zu müssen (63). Auch die alten Kräfte im Asta, die von der jungen Gruppe wohl eine Obstruktionspolitik erwartet hatten, sahen sich angenehm enttäuscht und hoben hervor, daß auch die Republikaner durchaus positiv im Asta mitarbeiteten (64).

Aber schon zum Ausgang des Jahres 1929 war diese Gruppe mit ihrem programmatischen Ansatz am Ende. Offensichtlich trug das Konzept einer über den Parteien und Ideologien stehenden Sammelorganisation für engagierte Studenten den Realitäten nicht mehr genügend Rechnung. Neben anderen nun offen parteipolitisch konturierten Gruppen fanden sich auch die sozialistischen Studenten Gießens im Dezember 1929 in einer eigenen Gruppe zusammen; die Satzung ihrer Organisation legte in knappen Worten fest: "Der Zweck der Sozialistischen Studentengruppe ist die Pflege der sozialistischen Idee." (65) Die Sozialistische Studentenschaft Deutschlands und Österreichs als Dachorganisation auch der Gießener Gruppe ließ nur SPD-Mitglieder oder Parteilose, nicht aber Angehörige anderer Parteien als Mitglieder zu. Angehörige schlagender und satisfaktiongebender Verbindungen waren ausgeschlossen. Die Gesamtorganisation galt als Teil der von der SPD geführten Arbeiterbewegung (66). Auch hier dauerte es seine Zeit, bis sich Arvid Harnack zum Eintritt entschloß, wenn er auch nicht bis zur endgültigen Auflösung des Republikanischen Studentenbundes im De-

zember 1930 wartete. Spätestens ab Mai 1930, wenn auch dann wohl nur noch für kurze Zeit, war er Mitglied der neuen Gruppe (67).

Immerhin ging die beschriebene Fraktionierung nicht so weit, daß die studentischen Organisationen derjenigen politischen Richtungen, die dem Staat von Weimar zumindest nicht feindlich gegenüber standen, nun völlig eigene Wege gingen. Die Republikaner, Demokraten, Sozialisten und Zentrumsanhänger brachten noch ein genügendes Maß an Gemeinsamkeit auf, das für eine "Republikanische Arbeitsgemeinschaft" ausreichte (68). Die wesentliche Gemeinsamkeit war sicherlich, daß man sich ab dem Jahre 1929 einer neuen Gruppierung gegenüber sah, deren Aggressivität und innere Geschlossenheit alle anderen politischen Organisationen an der Universität Gießen an die Wand zu drücken drohten.

Bei dem ersten Versuch, Ende Januar 1929 (69) auch in Gießen mit nur neun Mitgliedern eine Gruppe des "Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes" (NSDStB) aufzubauen, herrschte freilich unter den beteiligten nationalsozialistischen Studenten Unsicherheit, wie man mit den andersgesinnten Studenten fertig werden könne. Außerdem verstrich erhebliche Zeit, bis in der Leitung der neuen Gruppe die nötige personelle Permanenz gesichert war. Der von der Reichsleitung als Hochschulgruppenführer vorgesehene Student Körbel verließ mit dem Sommersemester 1929 bereits die Universität (70); Briefe der Reichsleitung an die junge Gießener Gruppe gingen ins Leere. Im Mai trat dann Wolfram Schütz, Student der Mathematik und Physik aus Berlin, als Sprecher der Gruppe hervor; am 6. Juni 1929 erhielt er von Schirach, dem Leiter des NSDStB, die Bestätigung als Gießener Hochschulgruppenführer (71).

Mit dem Ende dieses Jahres festigte sich unter den Nationalsozialisten an der Universität der Zusammenhalt. Die Presse registrierte ihre "außerordentlich rege Propagandatätigkeit"; dazu zählten auch Hakenkreuzschmierereien, selbst das Schwarze Brett der politischen Gegner war nicht mehr vor ihnen sicher (72) - und das mit nicht mehr als ganzen 12 Mitgliedern (73)! Allerdings war es erklärte Politik des NSDStB, eine Kader- und keine Massenorganisation aufzubauen (74).

Im Vorfeld der Astawahl 1930 luden Arvid Harnacks politische Freunde in der Republikanischen Arbeitsgemeinschaft den Journalisten Carlo Mierendorff zu einem Vortrag ein. Der Darmstädter Mierendorff, bekanntes hessisches SPD-Mitglied und damals Pressereferent der hessischen Regierung, sollte über "Student und Nationalsozialismus" sprechen. Polizei schloß die Versammlung, da Nationalsozialisten den Saal besetzt hielten. Das Treffen konnte im Gießener Gewerkschaftshaus fortgesetzt werden. Vergeblich versuchten die politischen Gegner, auch dort einzudringen; in den Nachtstunden kam es zu Schlägereien (75).

Zu dem Wahlkampf war die Arbeitsgemeinschaft mit einem wenig zugkräftigen und kaum werbewirksamen Programm (76) angetreten. Man rief auf zur Unterstützung der Republik - ohne die bestehende Staatsform uneingeschränkt gut heißen zu wollen. Der Gegner war in erster Linie die Studentenschaft schlechthin, deren Mitglieder entweder am monarchischen Gedanken festhielten oder überhaupt politisch desinteressiert seien. Den so Ge-

scholtenen vermochten die Sozialisten nur die Studenten von 1848 gegenüber zu stellen. Es war nicht so, daß eine einzige geschlossene Aktionsfront zum Anschluß aufforderte; vielmehr bot man den beliebigen Zutritt zu einer dieser Gruppen in der Aktionsgemeinschaft an, was den noch unentschlossenen Kommilitonen die Entscheidung nicht einfacher machen konnte. Auf den nationalsozialistischen Gegner als möglichen Hauptopponenten zielte das Programm nicht.

Die Wahlergebnisse (77) zeigten schlagend, wie sehr man offensichtlich die Situation verkannt hatte. Diese Wahl hatte ungleich mehr Studenten (64 % Beteiligung) mobilisiert als die vorjährige (42 %). Auf Anhieb gewann der NSDStB mit 403 von 1093 abgegebenen gültigen Stimmen 9 der 25 Sitze; die Republikanische Arbeitsgemeinschaft konnte mit 168 Stimmen nur ihren bisherigen Stand von vier Sitzen halten. Verlierer waren die Korporations- und Freistudenten; ihnen ließ der NSDStB von ihren bisher 21 Sitzen nur noch 12 (520 Stimmen). Damit stand der Asta nun eindeutig unter dem bestimmenden Einfluß prononciert politischer Studentenparlamentarier. Was Kultusminister Becker bereits 1927 über seine preußischen Studenten gesagt hatte, daß nämlich die studentische Selbstverwaltung im alten Sinne verschwunden sei und es nur noch studentische Politik als Teil der allgemeinen Politik gebe (78), hätte nun auch die hessische Regierung feststellen können.

Der politische Dissens trennte aber nicht nur das Mitte-Links-Lager von den Rechten in der Studentenvertretung; die Gießener Studentenschaft war nun insgesamt in Fraktionen gespalten, wie das amtliche Nachrichtenblatt der Studenten darlegte (79). Die noch im Vorjahr bekräftigte Einschränkung, man habe eine letztlich unpolitische Aufgabe, fiel nun weg; insbesondere der NSDStB versicherte allen Gießener Studenten: "Jawohl, wir tragen bewußt Politik in die Hochschule." (80) Die Stoßrichtung zielte weit über die Ludwigs-Universität - auf die "völlige Eroberung der Gießener Universität" (81) war man intern schon damals eingestellt - und die deutschen Hochschulen hinaus: "Weil eben der heutige Staat vom Idealbild eines Staates, das insbesondere jeder Student im Herzen trägt, so himmelweit entfernt ist, daß eine Verständigung unmöglich erscheint, (...) können und wollen wir (...) unsere Kraft (...) nicht einsetzen für ein Gebilde, das über kurz oder lang doch zusammenbrechen wird." (82) Bereits zur ersten Sitzung des neuen Asta erschien die Fraktion des NSDStB ungeachtet aller Anordnungen in Uniform, wie sie auch von parlamentarischen Sitten nicht viel hielt. Die Darmstädter Ministerialinstanz wurde nun aufmerksam auf dieses Treiben in Gießen (83).

Am anstößigsten aber galt in Darmstadt die Manier, wie die Nationalsozialisten sofort nach den Wahlen aus dem farblosen Nachrichtenblatt der Gießener Studenten, das nun "Hessische Universitätszeitung" hieß, sich ein Sprachrohr für ihre Propaganda schufen. Besonders schwierig war dies nicht, hatten sie doch sofort das Amt des Pressereferenten an sich gezogen (84). Auf die Herrschaft über die örtlichen Studentenzeitungen legte der NSDStB überall in Deutschland großen Wert (85). Bereits im Mai 1930 drohte der Hochschulreferent im Darmstädter Ministerium, daß der Zeitung die Mittel aus den studentischen Pflichtbeiträgen zu sperren seien, sollte sie sich nicht der Zensur durch den Rektor unterwerfen (86). Viel Erfolg hatte diese Drohung nicht (87).

Dies war der Zeitpunkt, zu dem Arvid Harnack die Gießener Universität verließ. Ein erster Höhepunkt in der Politisierung der Universität war damals bereits erreicht, und Arvid, als Angehöriger eines auch politisch profilierten Doktorandenkreises und einer politischen Studentenvereinigung stand mit im Zentrum des Geschehens. Die bereits früher zitierte Behauptung, daß die geschilderte Entwicklung erst mit Beginn des Sommersemesters 1930 - also nach dem Weggang Arvids - eingesetzt habe, läßt sich eindeutig widerlegen. Allerdings sollten die schärfsten Auseinandersetzungen um die bzw. zwischen den politischen Gruppierungen in der Gießener Studentenschaft erst noch folgen.

Im folgenden Jahr zahlte sich die Taktik der Nationalsozialisten aus. Die Gießener Korporationsvertreter und der NSDStB, der hierin einer allgemeinen Weisung seiner zentralen Leitung nachkam (88), waren sich damals mindestens so einig, daß sie im Januar 1931 gemeinsam für einen numerus clausus für alle Juden an den deutschen Hochschulen eintraten (89). Bereits während des Deutschen Studententages 1929 hatte diese Forderung nur knapp eine Mehrheit verfehlt (90). Bei den Asta-Wahlen (91) im Februar 1931 war der NSDStB der eindeutige Sieger; mit 745 abgegebenen gültigen Stimmen erhielt er fünf Sitze hinzu und hatte nun mit 14 Stimmen die absolute Majorität. Wieder war es vor allem die Liste der Korporationen, deren Anhänger scharenweise zu den Nationalsozialisten übergelaufen waren. Mit 461 Stimmen kam sie nur noch auf einen Anteil von 8 (statt bisher 12) Sitzen. In jenem Jahr war von den 1684 männlichen deutschen Studenten an der Universität eine Zahl von etwa 1240 als aktive oder inaktive Mitglieder der Korporationen bekannt. Die Republikanische Arbeitsgemeinschaft hatte sich von dem NSDStB als "roten Terror" (92) diffamieren lassen müssen und konnte jetzt mit 136 Stimmen nur noch drei statt bisher vier Vertreter in den Asta entsenden. Die weitsichtige Warnung (93), daß ein Asta, der sich als Instrument für nationalsozialistische Propaganda mißbrauchen lasse, die studentische Selbstverwaltung gefährde, war wirkungslos geblieben. Nicht nur den übrigen Listen hatte der NSDStB Stimmen abgenommen, auch die erneut starke Steigerung der Wahlbeteiligung auf 80 % (1930: 64 %) kam allein ihm zugute. Die politische Situation hatte sich aber auch allgemein in Deutschland und Österreich erdrutschartig verändert: Mit Gießen waren damals noch 10 weitere Studentenvertretungen in die mehrheitliche Verfügungsgewalt des NSDStB geraten, der bis dahin nur in Erlangen und Greifswald bereits dominiert hatte (94).

Erst nach diesem für eine sozialdemokratische Regierung äußerst alarmierenden Wahlergebnis schlug das hessische Kultusministerium eine schärfere Gangart an. Die linke Presse hatte der Regierung schon im Januar prophezeit, daß man ihre Haltung gegenüber dem "Gießener Asta als Nazi-theater" als Schwäche auslegen werde; die Regierung "darf vor den schärfsten Maßnahmen nicht zurückschrecken, auch nicht vor der, die Einziehung der Zwangsbeiträge (d. h. der Pflichtbeiträge der Studenten an die Studentenschaft - d. Verf.) zu verbieten" (95). Im März drohte Ministerialreferent Löhlein (96) mit der Auflösung der Gießener Studentenschaft; die Verwendung der studentischen Pflichtbeiträge sollte fortan - auch hier wollte man

jetzt offensichtlich nachholen, was in Preußen schon seit 1927 verfügt war (97) - schärferer Aufsicht unterliegen und nur gemeinsamen Interessen der Studenten dienen. Daß die Universitätszeitung sich in ihrer Tendenz an dem Kräfteverhältnis innerhalb der Studentenschaft orientierte, wollte oder konnte Löhlein nicht mehr rückgängig machen; ihm ging es nur noch um einen gewissen Schutz der politischen Minoritäten (98). Sollte die Zeitung mehr als ein reines Nachrichtenblatt sein, müsse jede Ausgabe dem Rektor oder einem paritätisch besetzten studentischen Gremium zur Vorprüfung vorgelegt werden. Grundsätzlich drohte nun jedem studentischen Blatt ein Verbot, das gegen den "Burgfrieden" verstoße und aus anderen Geldern als aus den studentischen Pflichtbeiträgen unterhalten werde.

Neue Unruhen kamen auf, als der NSDStB, im Gegensatz zu früheren Jahren, nach einer von oben anbefohlenen Taktik (99) nur den ersten Vorsitzenden des Asta, d. h. nur einen Vertreter des NSDStB, zum deutschen Studententag entsenden wollte (100). Im Mai zogen die Vertreter der Republikanischen Arbeitsgemeinschaft und im Juni die der Korporationenliste aus dem Asta aus. Nun nahm sich Bernhard Adelung, der seit 1928 hessischer Staatspräsident war und zugleich als Kultusminister fungierte, der Gießener Vorgänge an. Als Gesamtvertretung der Gießener Studenten wollte er den verbliebenen Rumpf-Asta nicht mehr anerkennen (101). Er strebte eine umfassende Neuordnung der studentischen Selbstverwaltung in Gießen an; da aber gegen Ende Juni die Korporationsliste wieder in den Asta eintrat, fiel ein wichtiges Druckmittel der Regierung weg, denn nun mußte die Anerkennung des Asta als gültige Studentenvertretung wieder ausgesprochen werden. Immerhin sollte dem Asta, wenigstens aber der Zeitung der Studentenschaft (102), solange keine Gelder aus den studentischen Pflichtbeiträgen mehr zufließen, bis nicht eine neue Satzung einen dauerhaften Frieden innerhalb der Universität garantierte. Das Kultusministerium wollte dem Rektor der Universität in jeder Hinsicht ein Aufsichtsrecht gegenüber dem Asta einräumen, der bei schweren Verstößen gegen seine Satzung oder Widersätzlichkeiten gegen die Anordnungen des Rektors mit seiner Auflösung rechnen sollte. Die Astamajorität dachte nicht an ein Zurückweichen; der Hallenser Studentenschaft schickte sie im November 1931 anlässlich der bekannten Auseinandersetzungen um den Hochschullehrer Dehn (103) ein Telegramm, in dem sie provokatorisch die hessische Regierung als feindselige Unterdrückerin der Gießener Studentenschaft schmähte (104).

Es blieb nicht dabei. Die Regierung mußte endgültig jede Hoffnung auf eine Begrenzung des Konflikts aufgeben, nachdem am 15. Januar 1932 im "Hessischen Akademischen Beobachter" ein Artikel erschienen war, der unter dem Titel "Wird die Universität Gießen aufgelöst?" schwere Angriffe gegen die preußische Regierung und die Reichsregierung richtete; der hessischen Regierung unterstellte man, ihre Haltung gegenüber der Frage einer möglichen Auflösung der Gießener Universität sei wesentlich davon beeinflusst, daß ihr der Gießener Asta in seiner jetzigen Zusammensetzung denkbar unsympathisch sei. Der "Beobachter" war damals, wozu der NSDStB sich offen bekannte, ganz in das Fahrwasser der Nationalsozialisten geraten, da sie es verstanden hatten, Geldmittel der Partei für das durch die Maßnahmen des Ministeriums gefährdete Blatt zu beschaffen (105). Adelung replizierte sofort, mit solchen Studentenvertretern sei ein Verhandeln unmög-

lich. "Abschließend sei erklärt, daß die Regierung den gegenwärtigen Zustand als nicht mehr tragbar betrachtet. Sie würde es begrüßen, wenn durch Neuschöpfung im Rahmen der akademischen Selbstverwaltung eine anderweitige Zusammenfassung der Studenten zur Vertretung ihrer Meinungen und Interessen, aber unter stärkerer Berücksichtigung ihrer wahren Stellung innerhalb der Alma mater Ludoviciana vom Rektor und Senat zur Genehmigung empfohlen werden könnte." (106)

Wie diese neue Studentenvertretung aussehen sollte, umriß Löhlein in einem Privatdienstschreiben an den damaligen Rektor Vanselow, der offensichtlich für solche Hinweise nicht unempfänglich war: "Die vordringlichste Aufgabe der Studierenden sind ihr Studium und die Pflege der Jugendfreundschaften, dem ersteren Zweck dienen die Fachschaften, dem letzteren die Korporationen; eine Vertretung der Gesamtstudentenschaft aus Vertretern der Fachschaften und der Korporationen scheint mir sachlich die richtige Lösung (...) alles andere ist Erfindung des Teufels." Entweder neue Verfassung bis zum Sommersemester - oder Auflösung der Gießener Studentenschaft (107).

Der Asta stellte dagegen das Telegramm nach Halle als "rein hochschulpolitische Handlung" hin, wies auch gegenüber Vanselow die übrigen Vorwürfe zurück, wie er auch erfolgreich bei der Deutschen Studentenschaft Rückendeckung suchte (108). Das Ministerium reagierte sofort (109), fortan durfte die Universität dem Asta weder Räume zur Verfügung stellen noch für ihn die Beiträge der Studenten einsammeln. Tatsächlich zeigten die nächsten Asta-Wahlen (110) am 4. Februar 1932, daß der Vormarsch der Nationalsozialisten in Gießen durchaus nicht unaufhaltsam war. Bei gleich hoher Wahlbeteiligung wie 1931 mußte der NSDStB einen Sitz abgeben, so daß ihm mit 13 Vertretern nur knapp die absolute Mehrheit verblieb. Er hatte kurz vor der Wahl sich noch einmal unmißverständlich zur Intoleranz und zum unbedenklichen Einsatz aller Mittel für seine Zwecke bekannt (111). Auch die Liste der Korporationen büßte noch einen weiteren Sitz ein (1931: 8; 1932: 7); an Stelle der früheren Republikanischen Arbeitsgemeinschaft hatte nun die Sozialistische Studentengruppe selbständig als Liste zur Wahl gestanden und nur einen Sitz gewonnen. Noch knapp vor der Wahl hatte sie ihren Namen in "Rote Studentengruppe" abgeändert, um, wie die Universität vermutete, jede Verwechslung mit den Nationalsozialisten auszuschließen (112). Dafür gab es jetzt eine eigene Katholische Arbeitsgemeinschaft und eine "Gruppe Asta-Reform", die beide je zwei Sitze errangen. Die "Gruppe Asta-Reform" hatte ein Programm entwickelt, das auffallend den Wünschen Adelsung entsprach: Gegen einen politischen Charakter des Asta, für mehr Einfluß der Fachschaften in der Studentenvertretung (113).

Die Studentenvertretung - jedenfalls ihre stärkste Fraktion - unter dem NSDStB - Hochschulgruppenführer Bernhard von Graeve (auch er wie Arvid Harnack Doktorand (114) bei Lenz!) zeigte sich gegenüber der Regierung jedoch weiterhin unnachgiebig und schloß einen Kompromiß aus, solange nicht das Ministerium seine Einstellung geändert habe (115). Im April 1932 schien überraschend die Spannung nachzulassen. Rektor Vanselow (116) erreichte eine Übereinkunft; die Studentenschaft wollte demnach zukünftig politische Stellungnahmen vermeiden und den "Beobachter" unter einen Zensurausschuß stellen; ihre Finanzen sollten einer regelmäßigen Prüfung un-

terliegen. Das Kultusministerium hob nun seinerseits die früher verhängten Restriktionen auf.

Aber die Hoffnungen trogen: Zu einer wirklichen Entspannung der Lage kam es nicht mehr. Die vom Ministerium als unerlässlich angesehene Revision der studentischen Satzung unterblieb; noch im März 1933 fragte die Regierung in Gießen nach dem Stand der Dinge (117). Auch eine schärfere Kontrolle der studentischen Finanzen wollte nicht gelingen. Keiner der radikalen Flügel fühlte sich an das Gebot politischer Enthaltensamkeit gebunden (118).

Februar 1933 errang dann der NSDStB mit 60 % der abgegebenen Stimmen einen eindeutigen Sieg (119).

Auch in jenen Jahren blieb Arvid Harnack (120) weiterhin in Verbindung mit seinem Gießener Doktorvater. Seit dem Herbst 1930 hatte Lenz eine Studienvereinigung zur Erforschung des für ihn so wichtigen neuen russischen Wirtschaftssystems aufgebaut. Am 3. Januar 1932 veranstaltete diese "Arbeitsgemeinschaft zum Studium der sowjetrussischen Planwirtschaft" ihre erste Arbeitstagung in Berlin. Das Berliner Sekretariat des Leitungsgremiums übernahm Arvid Harnack, der hierbei u. a. mit Klaus Mehnert zusammenarbeitete. Spätestens in jenen Jahren festigte sich bei Arvid die Überzeugung, daß Deutschland unbedingt die Rußlandpolitik Bismarcks fortzusetzen habe; den Agrarstaat Rußland schätzte er als den wirtschaftlichen Idealpartner für das industrialisierte Deutschland ein. Mitglieder der russischen Handelsvertretung in Berlin nahmen bereits an den ersten Sitzungen der "Arplan" teil; noch im selben Jahr bereitete Harnack für die Arbeitsgemeinschaft eine Studienfahrt nach Rußland vor und organisierte ihre Durchführung. Im März 1933 vertagte sich die "Arplan" auf unbestimmte Zeit; Arvid mußte Berlin verlassen. Der Traum von einer Hochschulkarriere als Nationalökonom verflog; die von ihm vertretene Lehrmeinung ließ ihm jetzt keine Chance auf eine Professur mehr.

In Jena holte er sein juristisches Assessorexamen nach und konnte noch 1933 als Beamter in das Reichswirtschaftsministerium eintreten. Er, Mitglied der NSDAP ab 1937, war hier in denkbar günstiger Position für seine Kundschaftertätigkeit für die Sowjetunion und seine Widerstandsarbeit zusammen mit Harro Schulze-Boysen.

Mildred arbeitete in Berlin ab 1931 als Lehrkraft an der Universität, als Übersetzerin und Englischlehrerin, der Beitritt zum NS-Lehrerbund im Juni 1933 (121) war unerlässlich. Damals war sie Vertraute ihres Mannes in seiner Doppelexistenz und zugleich Gießener Doktorandin bei dem Anglisten Walter Fischer. Im November 1941 promovierte sie in Gießen mit einer Arbeit über die Entwicklung der amerikanischen Literatur der Gegenwart (122).

Noch nicht einmal ein Jahr später schlug die Gestapo dann zu. Erstaunlich, daß dieses Geflecht aus Akademikertum, Beamtenexistenz und oft dilettantischer Konspiration überhaupt so lange dem Überwachungsapparat des Dritten Reiches hatte standhalten können. Am 3. September 1942 wurde das Ehepaar Harnack verhaftet. Das Reichskriegsgericht verurteilte Arvid

zum Tode, am 22. Dezember 1942 vollstreckte der Henker das Urteil. Die über Mildred verhängte Zuchthausstrafe war Hitler zu milde; am 16. Februar 1943 wurde sie nach erneuter Verurteilung enthauptet. Beiden war Goethes Werk die letzte geistige Nahrung.

Für eine abschließende Beurteilung der Gießener Studentengeschichte in den Jahren 1929-1933 ist der Boden in Form von Quellenmaterial vorerst nur sehr bedingt tragfähig. Was von den schriftlichen Zeugnissen jener Jahre in Fragmenten übrig geblieben ist, soweit sie sich im öffentlichen Besitz befinden, wird sich nur noch durch Material ergänzen lassen, das zur Zeit noch in Privatbesitz zu vermuten ist.

Im Zentrum unserer Aufmerksamkeit standen die Jahre des Aufkommens der politischen Studentengruppen, wobei daran zu erinnern ist, daß die Universität auch in den Jahren davor so unpolitisch nicht war, wie sie selbst vorgab. Die Kluft zwischen den verschiedenen damaligen Auffassungen von der Relevanz des Nationalsozialismus für die Gießener Universität war extrem weit. Dies ist gewiß eine triviale Aussage; wie kraß verzeichnet die unmittelbare Gegenwart, Vergangenheit und Zukunft damals gesehen werden konnte, bleibt allerdings zu notieren. Für den Gießener NSDStB (123) war die Zeit von 1929 bis 1933 im ersten Rückblick eine Periode unaufhalt-samen Voranschreitens, in der sich die Gießener Universität wegweisend für andere als Zentrum nationalsozialistischer Hochschulpolitik profilierte. Auf der anderen Seite erschien noch im Februar 1933 eine Beschreibung der Gießener Situation in einer wichtigen Zeitung, die sicherlich nicht nur die private Auffassung eines einzelnen Gießener Hochschullehrers reflektierte und die den Nationalsozialismus wie die politischen Auseinandersetzungen innerhalb der Gießener Studentenschaft als etwas Vorübergehendes und Oberflächliches abtat. Im Ernstfalle werde sich doch die gesamte Universität zur Verteidigung der alten akademischen Tradition, der freien Lehre und Forschung zusammenschließen (124).

Gewiß ist in den beiden Urteilen die Realität bewußt in den Dienst einer politischen Absicht gestellt und damit verschleiert worden, aber sie geben sicher auch zum Teil individuelle Überzeugungen von der Lage der Dinge in Gießen wieder. Beide Urteile, das des unbedingten Bejahens und das des Relativierens und Verharmlosens, bilden die Pole, zwischen denen die mehr realitätsbezogenen Positionen gegenüber der Entwicklung des Nationalsozialismus an der Universität Gießen (und auch woanders) zu plazieren sind. Die entschiedenste Kritik kam allerdings nicht aus der Universität selbst, sondern aus Darmstadt, jedoch erst nach beträchtlichem Zögern und dann auch nicht mehr mit dem nötigen Nachdruck, wünschenswerte Veränderungen noch durchzusetzen. Die Kritik aus den linksorientierten studentischen Gruppen war diffus und wenig breitenwirksam; den Korporierten als dem Gros der Studenten konnten die gesamten nicht-nationalsozialistischen Studentengruppen in ihrer Vielfalt und Kurzlebigkeit kaum attraktiv sein. Es war vor allem der Kreis um Lenz (wenn er nicht überhaupt der einzige war), der in gewisser Kontinuität den Nationalsozialismus kritisch analysierte. Den Grenzen derartiger wissenschaftlicher Kritik war sich Lenz damals offenbar bewußt. "Man darf (...) sagen, daß der Nationalsozialismus als Bewegung durch die Analyse seiner Denkstruktur nicht getroffen wird",

schrieb er 1931 (125). Eindeutig gehörte Arvid Harnack zu denjenigen seiner Schüler, die aufgrund ihrer speziellen ökonomischen Theorie der nationalsozialistischen Gedankenwelt auch fortan ablehnend gegenüberstehen mußten. Arvid ist nicht unter dem Einfluß seiner Gießener Zeit zum Sozialisten geworden, aber diese Zeit brachte ihn in eine erste und sicher auch prägende Berührung mit dem Nationalsozialismus.

#### ANMERKUNGEN

Grundlagen dieser Arbeit sind die Materialien folgender Archive:

- ARW = Archiv der ehemaligen Reichsstudentenführung und des NSD-Studentenbundes Würzburg  
 BK = Bundesarchiv Koblenz  
 PUG = Prüfungsakten im Archiv des Sekretariats der Universität Gießen  
 RUG = Rektoratsakten in der Präsidialabteilung der Universität Gießen  
 UAG = Universitätsarchiv Gießen

Das Hessische Staatsarchiv Darmstadt hat, soweit dies zu übersehen ist, durch Kriegseinwirkung die möglicherweise einschlägigen Akten verloren.

Herrn Dr. Falk Harnack (Berlin) danke ich für ein faktenreiches Gespräch über den Lebensweg seines Bruders.

- ( 1 ) Axel von Harnack: Arvid und Mildred Harnack; in: Die Gegenwart 2, 1947, S. 15-18. - Friedrich Lenz: Wirtschaftsplanung und Planwirtschaft. Berlin 1948, S. 88-94. - Klaus Lehmann: Widerstandsgruppe Schulze-Boysen/Harnack. Berlin 1948. - Damit Deutschland lebe. E. Quellenwerk über d. dt. antifaschist. Widerstand 1933-1945, hrsg. v. Walter A. Schmidt. Berlin 1958, S. 380-388. - Günther Kesselbauer: Arvid Harnack - Wissenschaftler u. Revolutionär; in: Forschen und Wirken. Festschr. z. 150-Jahrfeier d. Humboldt-Univ. zu Berlin 1810-1960. Berlin 1960, Bd. 1, S. 577-581. - Ernst v. Salomon: Der Fragebogen. Reinbek 1961, S. 398 f. - Gilles Perrault: Auf den Spuren der Roten Kapelle. Reinbek 1969, S. 110 f., 203 f., 206-219. - Luise Kraushaar: 1933-1945. Biographien und Briefe. Berlin 1970, Bd. 1, S. 362-365. - Biographisches Lexikon zur deutschen Geschichte. 2. Aufl. Berlin 1970, S. 268 f. - Karl Heinz Biernat u. Luise Kraushaar: Die Schulze-Boysen/Harnack-Organisation im antifaschistischen Kampf. Berlin 1970. - Heinz Höhne: Kennwort Direktor. Die Geschichte der Roten Kapelle. Frankfurt 1970, S. 145-150.
- ( 2 ) RUG Akte 96. Eine neue Verfassung wurde 1926 geschaffen. Diese Verfassung betrachtete die Studentenschaft dann als die gültige; wegen des Verfassungskstreits (s. u.) habe man sie aber der Regierung nicht mehr zur Genehmigung vorlegen wollen (Bericht der Gießener Studentenschaft an die Deutsche Studentenschaft 19.1.1927 in BK Akte R 129/117, fol. 19). Die Universität hielt an der Ordnung von 1926 fest,

die Regierung an derjenigen von 1920. Die neuere Ordnung (vgl. Gießener Universitätskalender f. d. Univ.-Jahr 1929-30, 2. Ausg. Gießen S. 134-137) ließ die Leiter der Studentenschaftsämter (s. u.) dem Engeren Ausschuß beitreten und schuf einen Vermögensbeirat zur Überwachung der Finanzgeschäfte; statt politischer Abstinenz ging es nun ausdrücklich um parteipolitische Enthaltbarkeit.

- ( 3 ) Bericht o. D. (etwa Nov./Dez. 1919) RUG Akte 111.
- ( 4 ) Vgl. Univ.-Kalender (wie Anm. 2), S. 141.
- ( 5 ) RUG Akte 111.
- ( 6 ) Gießener Anzeiger vom 13. 2. 1930; Bericht des Asta vom 16. 2. 1929 (BK Akte R 129/117, fol. 48).
- ( 7 ) Vgl. Michael S. Steinberg: Sabers and Brown Shirts. The German Student's Path to National Socialism 1918-1935. Chicago, London 1977, S. 64, 74.
- ( 8 ) Das für die Jahre 1927-29 belegbare "Nachrichtenblatt der Gießener Studentenschaft. Hrsg. vom Allgemeinen Studentenausschuß" (ab 1930: "Hessische Universitätszeitung") gab noch nicht einmal die Ergebnisse der Studentenwahlen bekannt.
- ( 9 ) Werner Klose: Freiheit schreibt auf eure Fahnen, 800 Jahre deutsche Studenten. Oldenburg 1967, S. 188; Hans Peter Bleuel u. Ernst Klinnert: Deutsche Studenten auf dem Weg ins Dritte Reich. Gütersloh 1967, S. 59.
- (10) Bleuel/Klinnert (wie Anm. 9) S. 91 f.; Das akademische Deutschland. Berlin 1931, Bd. 2, S. 81.
- (11) Ebd. 1930, Bd. 3, S. 395.
- (12) Beschluß vom 7. 11. 1919 (RUG Akte 111).
- (13) Hierzu s. Univ.-Kalender (wie Anm. 2), S. 127 f.; Tätigkeitsbericht des Asta vom 12. 6. 1929 (BK Akte R 129/117, fol. 53).
- (14) Emil Kraus: Das Studentenwerk Gießen e. V. o. O. 1939, S. 3 ff.; Univ.-Kalender (wie Anm. 2) S. 150-160.
- (15) Ebd., S. 138; die Ausgabe des Kalenders für 1931-32 (4. Ausg. 1931) nannte als weiteres Thema den Wehrsport.
- (16) Vgl. Akad. Dtlid. (wie Anm. 10) Bd. 2, S. 79-81.
- (17) Ebd. Bd. 3, S. 366.
- (18) Vgl. Univ.-Kalender (wie Anm. 2), S. 130.
- (19) Vgl. Frankfurter Zeitung vom 16. 3. 1928.
- (20) Schreiben der Gießener Studentenschaft an die Deutsche Studentenschaft vom 16. 5. 1928 (BK Akte 129/117, fol. 38).
- (21) Bericht vom 12. 6. 1929 (ebenda, fol. 53).
- (22) Vgl. Akad. Dtlid. (wie Anm. 10), Bd. 3, S. 365.

- (23) Leo Rosenberg: Die Universität Gießen. Düsseldorf 1928, S. 60.
- (24) Akad. Dtlid. (wie Anm. 10), Bd. 3, S. 395. Allerdings gab es in Gießen bereits vor dem Ersten Weltkrieg eine Ortsgruppe des (deutsch-nationalen und antiklerikalen) "Akademischen Bismarckbundes" (vgl. Schreiben der Ortsgruppe vom 15. 3. 1910 in RUG Akte 98).
- (25) RUG Akte 98.
- (26) RUG Akte 110. Die im Univ.-Kalender (wie Anm. 2) für 1930-31, 1930, S. 113 genannte "Jungdeutsche Studentengemeinschaft an der Universität Gießen", also eine Ortsgruppe des "Jungdeutschen Ordens" mit seinen Vorstellungen vom "sozialen Volksstaat" (vgl. Akad. Dtlid. - wie Anm. 10 - Bd. 2, S. 604), ist in den erreichbaren Akten nicht greifbar.
- (27) Schreiben vom 4. 11. 1929 (RUG Akte 100) und Bericht vom 20. 2. 1930 (RUG Akte 96).
- (28) Schreiben des Rektors vom 2. 12. 1929 (RUG Akte 98).
- (29) Beschluß des Engeren Senats vom 16. 12. 1929 (RUG Akte 110).
- (30) Schreiben des Rektors vom 27. 2. 1930 (RUG Akte 98); Bericht vom 20. 3. 1930 (RUG Akte 96).
- (31) Vgl. Darmstädter Zeitung vom 6. 3. 1930.
- (32) Christa Wolf: Verzeichnis der Hochschullehrer der TH Darmstadt. Teil 1 (Darmstädter Archivschriften 3), Darmstadt 1977, S. 74 und freundl. Mitteilung des Stadtarchivs Darmstadt vom 2. 10. 1979 über den Meldebogen der väterlichen Familie aus der älteren polizeilichen Melderegistratur. Weiteres aus Mitteilungen von Dr. Falk Harnack.
- (33) Lebenslauf vom 7. 7. 1930 in seiner Gießener Promotionsakte (PUG); außerdem Mitteilungen von Dr. Falk Harnack.
- (34) So Mildred Harnack in ihrem Lebenslauf vom 16. 9. 1939 (PUG).
- (35) Nach Lenz (wie Anm. 1), S. 89, waren beide im Sommer 1929 nach Gießen gekommen; in das Inskriptionsbuch der Universität (UAG Akte Allg. L 1, 1924-28) trug sich Arvid aber bereits am 21. 11. 1928 ein.
- (36) Mona Wollheim: Gießen zu Beginn der dreißiger Jahre. Handschrift Neue Folge 401 der Univ.-Bibliothek Gießen, fol. 21.
- (37) Harnack (wie Anm. 1), S. 15; Perrault (ebd.), S. 211; Angaben von Dr. Falk Harnack.
- (38) Bericht des Gießener Studentenpfarrers Peter Brunner an das Landeskirchenamt Darmstadt vom 12. 2. 1932 (UAG Akte Theol K 11).
- (39) W. Waffenschmidt: Paul Mombert zum Gedenken; in: Zeitschrift f. d. ges. Staatswissenschaft 114, 1958, S. 699.
- (40) Heinrich Schneider: Karl Vietor in memoriam; in: Monatshefte f. Deutschen Unterricht, Dt. Sprache u. Kultur 43, 1951, S. 341-344; Stuart Atkins: Karl Vietor; in: The Germanic Review 26, 1951, S.

- 171 f.; Ortrud Bollnow: Karl Vietor als Lehrer; in: Die Sammlung 6, 1951, S. 541-543.
- (41) Christian Rauch: Ernst von Aster und die Hessische Landesuniversität Gießen 1932/33; in: Gießener Hochschulblätter 5, 1957, Nr. 1 (1. Juni 1957)
- (42) Handschrift 1221 a der Univ.-Bibliothek Gießen, Teil 9, fol. 162, 170 und Teil 11, fol. 38.
- (43) Die wichtigsten Lebensdaten enthält: Die Hochschullehrer der Wirtschaftswissenschaften in der Bundesrepublik Deutschland, Österreich und der deutschsprachigen Schweiz, 2. Aufl. Berlin 1966, S. 416.
- (44) Vgl. Ludwigs-Universität - Justus-Liebig-Hochschule 1907-1957. Festschr. z. 350-Jahrfeier. Gießen 1957, S. 389.
- (45) Hierzu s. seine Arbeiten: Aufriß der politischen Ökonomie. Stuttgart 1927, und: Der Young-Plan, die Kirchen und die Sowjetunion. Krefeld 1930. Arbeiten über Lenz: Otto-Ernst Schüddekopf: Nationalbolschewismus in Deutschland 1918-1933. Frankfurt 1973, S. 220 f., 281, 361; Louis Dupeux: Stratégie communiste et dynamique conservatrice. Essai sur les différents sens de l'expression "national-bolchevisme" en Allemagne, sous la République de Weimar 1919-1933. Lille 1976, S. 429-463.
- (46) Lenz (wie Anm. 1), S. 89.
- (47) Bericht des Polizeiamts Gießen vom 17. 2. 1932 (RUG Akte 96); Höhne (wie Anm. 1), S. 14.
- (48) Die als Dissertationen der "Gießener Schule" geltenden Schriften sind verzeichnet in: Hans Joachim Frhr. v. Wolzogen: Die Theorie der internationalen Wirtschaft und ihre Gestaltung in der Außenpolitik der USA (Hess. Beitr. z. Staats- u. Wirtschaftskunde 16). Leipzig 1936, S. 131 f. Vgl. auch Anm. 50 u. 114.
- (49) Vgl. die Gutachten von Lenz über die Arbeit von Josef Kyrion über Gustav Ruhland, 1927, und die Rathenau-Untersuchung von Bruno Kretzer aus 1931 (PUG Promotionsakten).
- (50) Gutachten zur Dissertation von Walther Scheunemann: Der Nationalsozialismus. Eine quellenkritische Studie seiner Staats- und Wirtschaftsauffassung, 1931 (PUG Promotionsakten). Die Arbeit wird in der genannten Liste (s. Anm. 48) nicht mit aufgeführt!
- (51) Arvid Harnack: Die vormarxistische Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten. Eine Darstellung ihrer Geschichte. Jena 1931.
- (52) PUG Promotionsakten.
- (53) Harnack (wie Anm. 51), S. 162.
- (54) Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus (Verf. benutzte die Ausgabe in: Werke, Bd. 22, Berlin 1972, S. 189-309).
- (55) So auch zu Recht das Urteil von Kesselbauer (wie Anm. 1), S. 579 f. Das Folgende nach den Angaben von Dr. Falk Harnack.

- (56) Mitgliederliste und Satzung (o. D., etwa 1931) in RUG Akte 110.
- (57) Bericht an die Deutsche Studentenschaft vom 16. 2. 1929 (BK Akte R 129/117, fol. 48). Die Gruppe wird hier noch als "Republikanisches Studentenkartell" bezeichnet, ein Name, der später in den Akten nicht mehr erscheint. Der Erstplazierte dieser Liste war dem zitierten Bericht zufolge auch Mitglied des Pazifistischen Studentenbundes, für den eine selbständige Gießener Ortsgruppe nicht belegbar ist.
- (58) Ebd.
- (59) Gießener Anzeiger vom 13. 2. 1930.
- (60) RUG Akte 110.
- (61) Arvid Harnacks korrekter Vorname war der Gruppe damals nicht bekannt (vgl. Mitgliederliste mit 21 Namen in RUG Akte 110).
- (62) § 2 der Satzung vom 23. 1. 1929 (ebd.).
- (63) § 3 der Satzung (ebd.).
- (64) Bericht des Asta vom 12. 6. 1929 (BK Akte R 129/117, fol. 53).
- (65) § 3 der Satzung vom 4. 12. 1929 (RUG Akte 110).
- (66) Akad. Dtlid. (wie Anm. 10), Bd. 2, S. 606.
- (67) Vgl. Liste vom 9. 5. 1930 mit 16 Namen (RUG Akte 110).
- (68) Frankfurter Zeitung vom 9. 2. 1930.
- (69) Schreiben des Stud. jur. Hans Körbel an die NSDAP-Reichsleitung vom 4. 2. 1929 (ARW Akte II+4): "Ein geeigneter Redner fehlt uns noch, der auch den gewandtesten Sozialdemokraten abfertigen kann."
- (70) Sein Name fehlt in: Personenbestand der Hessischen Ludwigs-Universität zu Gießen, Sommersemester 1929, Gießen 1929. Ein Bericht im Hessischen Akademischen Beobachter 6, Wintersemester 1935/36, Nr. 7, über die ersten Jahre des NSDStB in Gießen übergibt diese ersten Gründungsversuche.
- (71) ARW Akte II+4.
- (72) Frankfurter Zeitung vom 14. 12. 1929.
- (73) Mitgliederliste in RUG Akte 100.
- (74) Steinberg (wie Anm. 7), S. 88.
- (75) Frankfurter Zeitung vom 9. 2. 1930.
- (76) Flugblatt in RUG Akte 96.
- (77) Gießener Anzeiger vom 13. 2. 1930.
- (78) Steinberg (wie Anm. 7), S. 70.
- (79) Hessische Universitätszeitung vom 23. 7. 1930, S. 22.
- (80) Ebd., S. 13.
- (81) Schreiben des Gießener NSDStB, vermutl. an die Reichspropaganda-

- leitung der NSDAP, vom 20. 6. 1930 (ARW Akte II 4).
- (82) Ludwig Fritz (Stud. jur. aus Gießen), NSDStB und 2. Vorsitzender der Gießener Studentenschaft, in: Hessische Universitätszeitung vom 23. 7. 1930, S. 12.
- (83) Vgl. Schreiben des Kultusministeriums an den Rektor vom 12. 5. 1930 (RUG Akte 96).
- (84) Leiter war damals Stud. jur. Valentin Friedrich aus Heppenheim.
- (85) Steinberg (wie Anm. 7), S. 93.
- (86) Wie Anm. 83.
- (87) Vgl. die Beschwerde über den Ton der Hochschulzeitung in der Oberhessischen Volkszeitung vom 31. 7. 1930.
- (88) Hierzu s. Steinberg (wie Anm. 7), S. 94 f.
- (89) Darmstädter Zeitung vom 19. 1. 1931.
- (90) Bleuel/Klinnert (wie Anm. 9), S. 91.
- (91) Bericht der Studentenschaft vom 5. 2. 1931 (RUG Akte 96).
- (92) Aufruf aus Februar 1931 (UAG Akte Allg L 19). Die Zahl der Gießener Korporierten gibt an Steinberg (wie Anm. 7), S. 46.
- (93) Flugblatt aus der Zeit (UAG Akte Allg L 19).
- (94) Bleuel/Klinnert (wie Anm. 9), S. 214; Klose (ebd.), S. 223.
- (95) Oberhessische Volkszeitung vom 16. 1. 1931.
- (96) Protokoll einer Besprechung mit den Gießener Studentenschaftsvorsitzenden vom 4. 3. 1931 (RUG Akte 96).
- (97) Steinberg (wie Anm. 7), S. 67.
- (98) "Man ist sich darüber einig, daß die Hochschulzeitung nicht als ein Blatt erscheinen darf, das einseitig gewisse Gruppen der Studierenden als minderwertig bezeichnet oder in anderer Weise einseitig Stellung einer Minorität gegenüber einnimmt (...) Auf Seiten der Majorität muß Disziplin in der Richtung herrschen, daß sie das Blatt niemals zu ihren Gunsten mißbraucht. Andererseits muß die Minorität beachten, daß sie ihrerseits keine übertriebenen Forderungen stellt oder überempfindlich ist" (wie Anm. 96).
- (99) Bleuel/Klinnert (wie Anm. 9), S. 227.
- (100) Darmstädter Zeitung vom 18. 6. 1931.
- (101) Erlaß vom 15. 6. 1931, 3. 8. 1931 und 1. 9. 1931 (RUG Akte 96).
- (102) Erlaß vom 15. 12. 1931 (ebd.).
- (103) Hierzu s. etwa Bleuel/Klinnert (wie Anm. 9), S. 238.
- (104) "Selbst im schweren Kampfe gegen die schwarz-rote Diktatur in Hessen verspricht die Gießener Studentenschaft den Hallenser Kommilitonen in ihrem Kampf gegen den pazifistischen Ungeist unserer Zeit

- unverbrüchliche Waffenbrüderschaft und fordert unerbittlichen Sturm bis zum endgültigen Siege" (Telegramm vom 11. 11. 1931 RUG Akte 96). Die Gießener Professoren Cordier, Bertram, Bornkamm, Krüger und Rudolph hatten öffentlich die Repressalien, denen Dehn ausgesetzt war, verurteilt. Wer von den akademischen Lehrern damals mit dem Asta sympathisierte, ist nicht festzustellen; der Hessische Akademische Beobachter 6, Nr. 7, S. 6 nennt als Nationalsozialisten der frühesten Stunde Philalethes Kuhn, Ordentlicher Professor der Medizin.
- (105) Hierzu s. Schreiben der Studentenschaft an den Rektor vom 3. 3. 1932 (RUG Akte 96).
- (106) Erlaß vom 19. 1. 1932 (ebd.).
- (107) Schreiben vom 19. 1. 1932 (ebd.).
- (108) Schreiben vom 13. u. 15. 2. 1932 (ebd.).
- (109) Erlaß vom 17. 2. 1932 (ebd.).
- (110) Hessischer Akademischer Beobachter vom 12. 2. 1932.
- (111) Ebd., 29. 1. 1932.
- (112) Bericht vom 27. 1. 1932 (RUG Akte 110).
- (113) Wie Anm. 111.
- (114) Vgl. Liste der Doktoranden, Anhang zu einem Schreiben der Staatswiss. Fachschaft vom 29. 8. 1933 (ARW Akte I+03 phi 253/III) zur Verteidigung von Lenz. Hier fehlen natürlich die Namen Harnack und Scheunemann (vgl. Anm. 50); eine später gedruckte Liste konnte wenigstens Harnack wieder aufnehmen (vgl. Anm. 48).
- (115) Schreiben vom 3. 3. 1932 (RUG Akte 96) und Hessischer Akademischer Beobachter vom 12. 2. 1932.
- (116) Protokoll vom 4. 4. 1932 (RUG Akte 96).
- (117) Erlaß vom 23. 3. 1933 (ebd.).
- (118) Vgl. Aufruf der Roten Studentengruppe vom Nov. 1932 (RUG Akte 110): "Studenten, der Staat der Arbeiter und Bauern, die Sowjet-Union, gibt jedem Fähigen die Möglichkeit zum Studium und verschafft ihnen sinnvolle Arbeit beim sozialistischen Aufbau. Der bürgerliche Staat hat nur noch Verwendung für Euch als Kanonenfutter zur Unterdrückung der Arbeiterklasse im eigenen Land und zum Krieg gegen den proletarischen Staat, die Sowjet-Union!"
- (119) Vgl. Schreiben der Gießener Studentenschaft an den Reichsführer des NSDStB vom 3. 3. 1934 (ARW Akte II+4). Die Gießener Ortsgruppe des NSDStB war hier wie auch an anderen Hochschulen auch damals noch eine Kaderorganisation mit 90 Mitgliedern = 5 Prozent der Studenten (Steinberg - wie Anm. 7 - , S. 89).
- (120) Für den folgenden Abschnitt s. die Literaturangaben in Anm. 1; Arvids außenpolitische Konzeption ist dargest. nach Angaben von Falk Harnack.

- (121) Mitteilung des Berlin Document Center vom 11. 1. 1980.
- (122) PUG Promotionsakten. Mildred mußte durch Unterschrift von einer Verfügung des Reichsstatthalters in Hessen, Landesregierung, vom 10. 5. 1935 Kenntnis nehmen, derzufolge die Doktorwürde entzogen werden konnte, "wenn der Inhaber des Titels sich durch sein Verhalten des Tragens einer deutschen akademischen Würde unwürdig erweist". Nach gerichtlicher Verurteilung hätte also zumindest ihr der Dokortitel entzogen werden können; da darüber jedoch ein Universitätsausschuß und nicht eine zentrale Behörde zu befinden hatte, konnte bei der strengen Geheimhaltung des Prozesses gegen die Widerstandsgruppe Schulze-Boysen/Harnack an eine solche Maßnahme nicht gedacht werden.
- (123) Schreiben an den Reichsführer des NSDStB vom 3. 3. 1934 (ARW Akte I+03 phi 253/III); die nat. -soz. Studentenschaftsführung "hat nicht nur lange vor der Machtergreifung von Studentenwahl zu Studentenwahl Stimmenzuwachs bekommen, sondern auch schon damals weitgehend Einfluß auf die Hochschule selbst und ihre (...) Einrichtungen ausgeübt".
- (124) Siehe Anm. 41.
- (125) Siehe Anm. 50. Nach dem Umbruch im Jahr 1933 mußte Lenz diesen Teil seiner bisherigen akademischen Tätigkeit verleugnen (vgl. seine Darlegungen im Hessischen Akademischen Beobachter, Sommersemester 1933, Folge 1, und in ARW Akte I+03 phi 253/III).